



Versorgungssicherheit: Stromlücke entpuppt sich als Stromlüge

09.10.2009 | 10:08 Uhr

Berlin (ots) - Neue Studienergebnisse: Für eine sichere Stromversorgung braucht Deutschland weder längere Reaktorlaufzeiten noch zusätzliche Kohlemeiler - Unflexible Großkraftwerke auf Basis von Kohle und Uran bedrohen im Gegenteil den Ausbau der Erneuerbaren Energien - DUH-Bundesgeschäftsführer Baake: "Negativpreis-Rekord an der Strombörse ist Wetterleuchten für herausziehenden Systemkonflikt" - keine größere Abhängigkeit von Erdgasimporten.

Deutschland braucht für eine jederzeit und an jedem Ort sichere Stromversorgung weder Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken noch zusätzliche Kohlekraftwerksblöcke. Vielmehr können aus Altersgründen oder wegen des gesetzlich festgelegten Atomausstiegs stillgelegte Großkraftwerke bis 2020 durch den - von allen Bundestags-Parteien gewünschten - Ausbau der Erneuerbaren Energien und neue flexible Gaskraftwerke ersetzt werden. Das geht aus dem aktuellen Zwischenbericht einer vom Bundesumweltministerium geförderten Energiestudie des Solar-Instituts Jülich und der Fachhochschule Aachen hervor (1). Die Untersuchung bestätigt im Grundsatz Ergebnisse ähnlicher Studien aus der jüngsten Vergangenheit (2,3).

"Das neue Gutachten entlarvt das Gerede von der drohenden Stromlücke endgültig als interessengeleitete Stromlüge der Atomkonzerne", erklärte DUH-Bundesgeschäftsführer Rainer Baake. Die der Atomenergie von Politikern aus Union und FDP zugeschriebene "Brückenfunktion" sei durch das 2002 im Deutschen Bundestag verabschiedete Atomausstiegsgesetz abschließend geregelt: "Die Atombrücke in Deutschland endet Anfang der 2020er Jahre - alles, was danach kommen soll, sind Geschenke willfähriger Politiker an die marktbeherrschenden Energiekonzerne im Lande", sagte Baake. Verdienst des neuen Gutachtens sei es, dies noch einmal mit Hilfe plausibler Modellrechnungen ermittelt zu haben. Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke und der Neubau weiterer Kohlekraftwerke wären allerdings "nicht nur unnötig, sondern für eine zukunftsfeste, klimaschonende Stromzukunft kontraproduktiv."

Der DUH-Bundesgeschäftsführer erklärte, dass das Festhalten an unflexiblen Großkraftwerken auf Basis von Kohle oder Atomkraft den von der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger gewünschten Ausbau der Erneuerbaren Energien zunehmend erschwere. Der Grund: Der naturgemäß un stet anfallende Strom aus Wind und Sonne könne nur dann wirksam integriert werden, wenn flexible, schnell regelbare Kraftwerke den Ausgleich zwischen schwankendem Strombedarf und dem ebenfalls schwankenden Stromangebot schaffen. Für eine Übergangszeit seien dazu mehr flexible Gaskraftwerke notwendig, später könnten Stromspeicher und ein internationaler Stromverbund für den notwendigen Ausgleich sorgen.

Der herausziehende Systemkonflikt zwischen den Erneuerbaren Energien und den Technologien des vergangenen Jahrhunderts zeige sich schon jetzt immer häufiger an der

Strombörse EEX in Leipzig. Seit dem September 2008, als am dortigen Spotmarkt erstmals negative Strompreise zugelassen wurden, lag der Handelspreis 130 Stunden lang bei Null oder darunter. Tendenz steigend: Am vergangenen Sonntag (4. Oktober) notierte erstmals der Durchschnittspreis für die an diesem Tag insgesamt am Spotmarkt gehandelte Strommenge negativ, nämlich bei minus 11,59 Euro pro Megawattstunde (entspricht 11,59 Ct/kWh). Acht Stunden hintereinander lag der Strompreis bei oder unter Null Euro und erreichte zwischen zwei und drei Uhr in der Nacht ein Allzeittief von minus 500,02 Euro pro Megawattstunde. Das bedeutet, dass die Stromkonzerne, die ihre unflexiblen Großkraftwerke auch dann weiterlaufen lassen, wenn die Erneuerbaren den Großteil des Strombedarfs decken, immer tiefer in die Tasche greifen müssen, damit ihnen irgendjemand innerhalb oder außerhalb Deutschlands den Überschussstrom abnimmt. "Am vergangenen Wochenende haben wir das Wetterleuchten eines Systemkonflikts erlebt, der sehr bald alltäglich wird, wenn nicht parallel zum Ausbau der Erneuerbaren Energien nacheinander Atomkraftwerke und später Kohlekraftwerke vom Netz genommen werden", erklärte Baake.

Im Basisszenario der Untersuchung des Solar-Instituts Jülich und der Fachhochschule Aachen wird am Atomausstieg festgehalten, zusätzliche Kohlekraftwerke über bereits genehmigte und im Bau befindliche hinaus werden nicht mehr errichtet. Lücken in der bis 2020 auf gut 35 Prozent ansteigenden Strombereitstellung aus Wind, Sonne und Co. werden zunehmend aus Erdgaskraftwerken gedeckt. "Wer daraus auf einen massiven Anstieg der Abhängigkeit Deutschlands von russischem Erdgas schließt, unterliegt einem Kurzschluss", erklärte der Leiter Politik und Presse der DUH, Gerd Rosenkranz. Zum Einen müsse zwar übergangsweise mehr Gaskraft-Kapazität errichtet werden. Mit zunehmendem Anteil der Erneuerbaren Energien müssten die aber immer weniger Stunden im Jahr hochgefahren werden. Zum Anderen würden derzeit nur etwa 11 Prozent des in Deutschland insgesamt eingesetzten Erdgases in der Stromerzeugung verbrannt. Der Löwenanteil gehe in die Wärmebereitstellung und dort werden wegen immer besserer Wärmedämmung Jahr für Jahr erhebliche Einsparungen erzielt. Perspektivisch könnten auch die kürzlich vorgestellten "Zuhausekraftwerke" des Ökostromhändlers Lichtblick auf Basis von gasbetriebenen VW-Motoren zu einem effizienteren Erdgaseinsatz beitragen. Sie erzeugen gleichzeitig Strom und Wärme für Raumheizung und Warmwasser. Insgesamt werde der Erdgasbedarf für eine Übergangszeit nur moderat oder gar nicht ansteigen, erläuterte Rosenkranz.

Das Hauptrisiko für die Entwicklung einer zukunftsfesten und klimaschonenden Stromerzeugung entstehe dann, wenn verlängerte Reaktorlaufzeiten und neue Kohlekraftwerke den Systemkonflikt zwischen neuen und alten Energietechnologien anheizen. "Die Parole vom 'gesunden Strommix' aus Uran, Kohle und Erneuerbaren ist genauso verlogen, wie es die von den Erneuerbaren als Nischentechnologie war", sagte Rosenkranz. "Ab sofort geht es nicht mehr um Sowohl-als-auch, sondern um Entweder-Oder".

(1) Struktur und Dynamik einer Stromversorgung mit einem hohen Anteil erneuerbarer Energieerzeuger - Energiestudie (Zwischenbericht, August 2009)
www.erneuerbare-energien.de/inhalt/45057/40870

(2) Fraunhofer IWES, September 2009:
http://www.bee-ev.de/downloads/presse/2009/090915_BEE_IWES_Studie_PK_Hintergrund_endg.pdf

(3) Umweltbundesamt, September 2009:
<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3850.pdf>

Pressekontakt:

Rainer Baake, Bundesgeschäftsführer, Hackescher Markt 4, 10178 Berlin; Mobil: 0151 55016943, Tel.: 030 2400867-0, Fax: 030 2400867-19, E-Mail: baake@duh.de

Dr. Gerd Rosenkranz, Leiter Politik und Presse, Hackescher Markt 4, 10178 Berlin, Mobil: 0171 5660577, Tel.: 030 2400867-0, Fax: 030 2400867-19, E-Mail: rosenkranz@duh.de